

**Sozialausschuss**  
**Protokoll Nr. SOA/03/2007**  
**in gemeinsamer Sitzung mit dem**  
**Finanzausschuss**

über die öffentliche Sitzung am 08.05.2007,  
Peter-Rantzau-Haus, Woldenhorn 3

---

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 21:05 Uhr

**Anwesend**

**Finanzausschuss**

**Vorsitz**

Herr Tobias Koch

**Stadtverordnete**

Herr Horst Aschmann  
Frau Carola Behr  
Herr Harald Düwel  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Steffen Rotermundt

**Bürgerliche Mitglieder**

Herr Detlef Levenhagen  
Herr Horst Marzi

**Sozialausschuss**

**Vorsitz**

Frau Doris Brandt

**Stadtverordnete**

Herr Andreas Fleischer

i.V.f. Frau Koscozowsky-Thiel  
(BM)

Frau Annika Korts  
Herr Jörn Schade  
Herr Johan von Hülsen  
Frau Petra Wilmer

### **Bürgerliche Mitglieder**

Frau Nina Holers  
Herr Henning Koepppe  
Herr Ingo Rolke

### **weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Frau Gisela Dietterlein  
Frau Anne Overbeck

Seniorenbeirat  
Kinder- und Jugendbeirat

### **Sonstige, Gäste**

Herr Hermannsen  
  
Frau Irene Hofmann  
Frau Johann

Lebenshilfewerk Stormarn  
gGmbH  
Leiterin Peter-Rantzau-Haus  
GF der Lebenshilfewerk Stormarn  
gGmbH

### **Verwaltung**

Herr Horst Kienel  
Herr Hanno Krause  
Frau Gabriele Fricke  
Frau Cornelia Heitmann  
Herr Michael Cyrkel  
Frau Anja Gust

FBL I  
FBL III  
Gleichstellungsbeauftragte  
FDL III.2  
FDL II.4  
Protokollführerin

**Es fehlen entschuldigt**

### **Sozialausschuss**

### **Bürgerliche Mitglieder**

Frau Manuela Kosczowsky-Thiel

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Standortuntersuchung - Neubau Peter-Rantzau-Haus **2007/048**  
- vergleichende Betrachtung -
5. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2007 vom 13.03.2007
6. Erweiterung der Gruppenöffnungszeit in der Kindertagesstätte Regenbogenhaus **2007/044**
7. 1. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Benutzungsgebühren in Kindertageseinrichtungen **2007/045**
8. Fachziele **2007/038**
9. Verschiedenes

## **1 Einwohnerfragestunde**

Herr Einolf stellt sich als Interessensvertreter hortplatzsuchender Eltern an der Grundschule Am Reesenbüttel vor.

Er berichtet, dass insgesamt 25 Eltern(paare) in diesem Jahr auf der Warteliste verblieben sind und keinen Hortplatz bekommen haben. Perspektivisch bedeutet das, dass die Eltern auch im Folgejahr keinen Hortplatz für ihr Kind bekommen würden, da nach der Aufnahme und Benutzungsordnung der Stadt vorrangig Erstklässler aufgenommen werden sollen. Er appelliert an den Sozialausschuss, hier umgehend Abhilfe zu schaffen, indem weitere Hortplatzangebote geschaffen werden.

Eine betroffene Mutter ergänzt hierzu, dass es zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unabdinglich ist, dass ein entsprechendes Betreuungsangebot an der Grundschule in ausreichender Form vorhanden ist. Der Verweis der Verwaltung auf die Angebote der Tagespflege ist nicht hilfreich, wenn Geschwisterkinder dann verschiedene Betreuungsstationen besuchen müssen und Eltern kreuz und quer fahren müssen, um ihre Kinder abzuholen.

Die Verwaltung berichtet hierzu, dass mit dem Träger des Hortes, der AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH und der Hortleitung erarbeitet wurde, eine weitere Ganztagshortgruppe zum 01.08.2007 mit Standort an der Fritz-Reuter-Schule aufzumachen. Zusätzlich ist beantragt, die Gruppengröße der bestehenden 3 Mittagshorte von 15 auf 20 Kinder bei doppeltem Personalschlüssel aufzustocken. Die zusätzlichen Kosten betragen für 2007 anteilig etwa 9.000 €. Die Mittel können aus dem Budget, dank positivem Rechnungsergebnis der Betriebskostenabrechnungen 2006, gedeckt werden. Die Verwaltung wird die entsprechende Vorlage zur Juni-Sitzung vorbereiten.

Die Elternvertreter nehmen diese Informationen voller Freude zur Kenntnis.

Eine Einwohnerin richtet ihr Plädoyer an alle Fraktionen und bittet, den Neubau der Senioreneinrichtung Peter-Rantzau Haus nach nunmehr 8 Jahren endlich auf den Weg zu bringen. Als Zugehörige dieser Interessens- und Altersgruppe verdeutlicht sie, dass der Bedarf für ein größeres Angebot für Senioren und Seniorinnen in der Stadt Ahrensburg mehr als gegeben ist.

Die Mitglieder beider Ausschüsse nehmen diesen Beitrag zur Kenntnis.

## **2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse ist gegeben.

### **3 Anträge zur Tagesordnung**

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Einleitend hierzu berichtet Herr Krause, FB-Leiter III, über die Sitzungen der AG Planung Peter-Rantzau-Haus (Vertreter aus Politik und Verwaltung, Nutzer und Senioren) vom 28.03.2007 und des Kuratoriums vom 02.05.2007. Beide Gremien sprachen sich im Abgleich aller Möglichkeiten für den Standort am Stormarnplatz wegen der Zentralität in der Infrastruktur und verkehrlichen Anbindung aus. Das Angebot soll niedrighschwellig sein. Es soll ein Träger der freien Wohlfahrtspflege die Betreuung übernehmen. Schwerpunkt soll die Seniorenbetreuung sein. Wesentlich war auch, dass der Neubau weder eine Kita- noch eine Jugendeinrichtung integrieren solle. Damit ist ein Konzept als Mehrgenerationenhaus nicht gewünscht.

Stadtverordnete Brandt ergänzt hierzu, dass sich das Kuratorium darüber hinaus einstimmig für ein Solitärgebäude, sprich ein freistehendes Gebäude, ausgesprochen hat.

Stadtverordneter Düwel spricht sich gegen die Standortvariante „Alte Meierei“ aus. Zum Standort Stormarnplatz gibt er zu bedenken, dass sich aktuell das Projekt „Jugend im Rathaus“ mit dieser Frage beschäftigt hat. Das Ergebnis ist vonseiten der Jugendlichen, dass sie eine Nähe Peter-Rantzau-Haus und den Jugendeinrichtungen „42“ sowie der Skateranlage am Stormarnplatz als sehr konfliktrüchtig und infolge als unverträglich betrachten. Sollte der Standort Stormarnplatz dennoch für das Peter-Rantzau-Haus gewählt werden, müsse der Bau deutlich in Richtung Rathaus verschoben werden, damit die berechtigten Bedenken (Störungen die vom „42“ ausgehen könnten und Lärmentwicklung durch die Skateranlage) berücksichtigt werden.

Bürgerliches Mitglied Frau Holers ergänzt hierzu, dass die Jugendlichen befürchten, dass bei evtl. zukünftigen Beschwerden durch das benachbarte Peter-Rantzau-Haus die Skateranlage weichen muss. Diese Gefahr hält sie für real und sollte in der Standortplanung berücksichtigt werden.

Stadtverordneter Koch regt an, die Formulierung „ **als Solitärgebäude**“ in Beschlussvorschlag 2 zu streichen.

Nach seiner Auffassung sollte sich die Politik nicht im Vorwege auf die Art der Bebauung festlegen. Die Art der Bebauung bestimmt sich auch durch die Art und dem Umfang der Nutzung (Konzept) und nicht zuletzt ist es auch eine finanzielle Frage.

Stadtverordneter Aschmann resümiert, dass der ursprünglich geplante Anbau an die VHS ein Bauvolumen von 1.400 m<sup>2</sup> Nutzfläche vorsah. Heute ist von einem Raumbedarf von 2.000 m<sup>2</sup> die Rede. Er befürchtet, dass diese Raumreserve für die Verwaltung geplant ist, um ggf. das Archiv oder Sitzungsräume im Neubau Peter-Rantzau-Haus unterzubringen. Darüber hinaus merkt er an, dass die derzeitige Planung ein Eingriff in die bestehende Sportanlage darstelle. Rasenplatz 1 würde nach der derzeitigen Planung nicht mehr nutzbar sein. Dabei habe die Sportstättenleitplanung bei der Bedarfsermittlung erge-

ben, dass in Ahrensburg im Verhältnis zu den Fußballmannschaften schon jetzt zu wenig Wettkampfplätze bestehen. Ein Bau am Stormarnplatz muss deshalb so geplant werden, dass hier kein Sportplatz verloren ginge.

Stadtverordneter Griesenberg erklärt, dass es hier zunächst einmal um die Standortfrage und nicht um den Raumbedarf des Peter-Rantzau-Haus ginge. Denkbar sei aber in der Tat, das Stadtarchiv im Peter-Rantzau-Haus unterzubringen.

Zur Standortfrage führt er aus, dass sich die Diskussion um das Grundstück der Alten Meierei erübrige, weil dieses Grundstück kürzlich an eine Privatperson verkauft wurde. Nach seiner Auffassung sollte das Peter-Rantzau-Haus in Richtung Rathaus geplant werden, damit die Sportanlage Stormarnplatz in ihrer Nutzbarkeit nicht beschnitten würde.

Auch Stadtverordneter Fleischer schließt sich den Vorrednern an und erklärt, dass der Stormarnplatz als Sportanlage nicht beeinträchtigt werden dürfe. Notfalls müssen weitere Standortvarianten (Hamburger Straße/Kastanienallee/Lindenhofparkplatz) noch einmal untersucht und mit dem Standort Stormarnplatz abgeglichen werden.

Fachbereichsleiter Krause macht deutlich, dass mit einer neuen Standortdiskussion das gesamte Verfahren von vorne beginnen würde. Damit würde auch wieder Zeit vergehen. Stadtverordnete Wilmer wünscht keine neuen Standortabgleich, da es diesen schon in den letzten 8 Jahren wiederholt gegeben habe. Vielmehr müssen endlich einmal Entscheidungen getroffen werden. Auch Stadtverordneter Schade merkt an, dass alle genannten Standorte längst geprüft wurden. Nach seiner Meinung ist der Stormarnplatz der optimale Standort. Damit nun eine konkrete Planung erfolgen kann, spricht er sich für die Aufhebung des Sperrvermerks wie in Beschlussvorschlag 5 formuliert aus. Ebenso hält Stadtverordneter Schade das ÖPP-Verfahren, wie in Beschlussvorschlag 4 formuliert, bei diesem Projekt für nicht empfehlenswert.

Stadtverordneter Koch stellt zur Diskussion, das ÖPP-Verfahren nicht komplett auszuschließen. Vielmehr hänge die Entscheidung über die Art der Finanzierung/ÖPP/Investor oder Stadt) eng mit der Art der Bebauung zusammen und diese wiederum eng mit dem Konzept (Umfang und Art der Nutzung). So habe sich gezeigt, dass der Bau einer 3-Feld-Halle im ÖPP-Verfahren billiger war als eine städteigene Finanzierung. Tatsächlich hänge die Art der Finanzierung sehr eng mit dem Konzept und der Raumplanung zusammen.

Stadtverordnete Wilmer gibt zu bedenken, nicht nur finanztechnische Argumente in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Wesentlich ist auch, dass der Standort Stormarnplatz ein städteplanerisch strategisch und zentraler Standort ist. Dieser Aspekt muss berücksichtigt werden, wenn über eine Privatinvestorenfinanzierung nachgedacht wird.



**5 Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2007 vom 13.03.2007**

Das Protokoll ist genehmigt.

Die Verwaltung erläutert die Vorlage. Aufgrund vorangegangener Elternumfrage hat die Lebenshilfe die Gruppenöffnungszeit einer Integrationsgruppe von bisher 07:30 Uhr bis 14:00 Uhr um 2 Stunden auf 07:30 Uhr bis 16:00 Uhr beantragt.

Der Verwaltungsvorschlag erkenne einen Betreuungsbedarf bis 16:00 Uhr an. Allerdings schlägt die Verwaltung vor, die Gruppenöffnungszeit am Morgen auf 08:00 Uhr anzupassen. Die anteiligen zusätzlichen Haushaltsmittel stehen im Budget bereit.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Fleischer führt Frau Johann, GF der Lebenshilfework Stormarn gGmbH aus, dass der Betriebsbeginn ab 07:30 Uhr schon immer war und Bestandteil des pädagogischen Konzeptes sei. Auf Nachfrage des FBL III, Herrn Krause, erläutert Frau Johann, dass ca. die Hälfte aller Kinder morgens um 7:30 Uhr in die Einrichtung kämen und in ihrer Gruppe begrüßt würden. Herr Krause schlägt vor, bedarfsgerecht für 2 und nicht für 4 Gruppen zu öffnen.

Die Verwaltung ist der Meinung, dass der frühere Betriebsbeginn im Regenbogenhaus, unter Berücksichtigung der Kinderzahl, welche die frühere Öffnungszeit tatsächlich nutzen, wie ein Frühdienst zu bewerten sei. In allen anderen Ahrensburger Einrichtungen beginnt der Gruppenbetrieb um 08:00 Uhr. Die Betriebszeiten davor sind Frühdienste. Weil nie alle Kinder einer Gruppe oder Einrichtung den Frühdienst nutzen, ist die Personalbemessung für diese Zeit und demzufolge die Betriebskosten für die Stadt niedriger. In den anderen Kita's gibt es eine Frühdienstgruppe, in der alle früh kommenden Kinder begrüßt werden, bevor ihre eigentliche Kindergartengruppe „aufmacht“.

Im Regenbogenhaus hingegen habe jede der vier Gruppen quasi ihren eigenen Frühdienst, obwohl auch hier die Gruppe erst um 08:00 Uhr tatsächlich vollständig sei.

Frau Johann erklärt, dass die Fahrdienste die I-Kinder um 07:30 Uhr in die Einrichtung bringen, deshalb sei der Gruppenbeginn im Regenbogenhaus um 07:30 Uhr erforderlich. Eine Parallele zum Frühdienst sehe sie nicht. Sie orientiere sich am Bedarf ihrer Einrichtung und deren Nutzer und der entsteht für jede Gruppe um 07:30 Uhr.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellt Stadtverordneter Fleischer den Änderungsantrag, der Gruppenöffnungszeit, wie von der Lebenshilfe beantragt, von 07:30 Uhr bis 16:00 Uhr zuzustimmen.

Auf Rückfrage erklärt die Verwaltung, dass die in der Vorlage genannten anteilig höheren Betriebskosten auch hierfür reichen würden.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 dafür  
1 Enthaltung**

**7 1. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg  
über die Erhebung von Benutzungsgebühren in Kinder-  
tageseinrichtungen**

**2007/045**

Die Verwaltung erläutert den Beschlussvorschlag. Der Verwaltungsvorschlag wird ohne Aussprache zur Abstimmung gebracht.

**Abstimmungsergebnis: 9 dafür  
1 Enthaltung**

Auf Wunsch der Sozialausschussmitglieder trägt der FBL III die Fachziele seines Fachbereiches vor und erläutert diese kurz. Verständnisfragen von Ausschussmitgliedern werden beantwortet. Die Gleichstellungsbeauftragte regt an, im Bereich der Jugendpflege Ziele zu definieren, die auch die geschlechtsspezifischen Interessen berücksichtigen, damit auch Mädchen die Angebote in gleichem Umfang nutzen können wie Jungen. Herr Krause erklärt, dass Jungen wie Mädchen in der Jugendarbeit gleichermaßen Chancen haben.

Für den Bereich der Obdachlosenunterkünfte trägt FBL Herr Cyrkel die Fachziele vor und erklärt auf Nachfrage von Herrn Rolke, dass die roten Holzhäuser auf dem badlantic-Parkplatz inzwischen von ZGW an seinen Fachdienst übergeben wurden. Aktuell stehen die Gebäude leer, denn es gibt keine Obdachlosen, die untergebracht werden müssten. Diese Situation kann sich jederzeit ändern und dann wäre die Unterbringung z. B. von Räumungsbeklagten hier angezeigt.

Er ergänzt, dass das Projekt „Jugend im Rathaus“ gerade vorgeschlagen habe, die Häuser an Azubis zu vermieten, die auswärts wohnen und in Ahrensburger Betrieben ihre Ausbildung machen.

Stadtverordneter Fleischer beantragt, die Fachziele der Fachdienste, wie in anderen Ausschüssen auch, nicht zu beschließen, sondern zur Kenntnis zu nehmen.

Fachbereichsleiter Krause merkt hierzu an, dass es sich überwiegend um die Fachziele der Verwaltung handele. Natürlich werden, auch wenn diese Ziele nicht extra vereinbart werden, diese dennoch von der Verwaltung verfolgt, soweit diese den politischen Vorgaben entsprechen. Wünschenswert sei, dass die Selbstverwaltung weitere Ziele in die Zielvereinbarung definieren würde.

Stadtverordnete Wilmer erinnert an den Zeit- und Arbeitsaufwand, der mit der Definition dieser Fachziele für die Selbstverwaltung, aber insbesondere für die Mitarbeiter der Verwaltung einherging. Eine Zieldefinition geht für sie mit einer Entscheidung bzw. einem Beschluss einher. Eine „Zur Kenntnisnahme“ beinhaltet keinerlei Verbindlichkeit. Sie drückt über diese Haltung ihr Bedauern aus und hätte sich gewünscht, dass die Fachziele von den Fachausschüssen getragen und beschlossen würden.

Über den Änderungsantrag des Stadtverordneten Fleischer wird abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis:**

**6 dafür  
4 dagegen**

## **9      Verschiedenes**

Frau Overbeck vom Kinder-und Jugendbeirat berichtet über die Neuauflage des Kinderstadtteilplans Ahrensburg Ost.

Die Präsentation findet am 15.05.2007 ab 12:30 Uhr in der Schule statt. Interessierte sind herzlich willkommen.

gez. Doris Brandt  
Vorsitz

Tobias Koch  
Vorsitz

gez. Anja Gust  
Protokollführerin